

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.  
Postsekretariat: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

6 Ausgaben.



Preis:

Tagblattausgabe Nr. 6000-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.  
Postsekretariat: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Erzeugnisse: Im Verlag abgekauft: Nr. 478000.—, in den Ausgabestellen: Nr. 479000.—, durch die Träger ins Haus gebracht: Nr. 480000.— monatlich. Die Bezugnahme ist freibleibend. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. — Schluß der Anzeigenannahme: 10 Uhr vorm.

Anzeigenpreise: Ortliche Anzeigen Nr. 50000.—, Finanz- u. Landwirtschafts-Anzeigen Nr. 75000.—, auswärts: Anzeigen Nr. 75000.—, auswärts: Anzeigen Nr. 225000.— für die einseitige Rotationszeit oder deren Raum. — Die Zeitungspreise sind stets freibleibend. — Erhöhungen mit sofortiger Wirkung auch bei allen laufenden Aufträgen, ohne besondere Mitteilung. — Platz- und Datenverzeichnisse für Anzeigen und Adressen ohne Verbindlichkeit. — Schluß der Anzeigenannahme: 10 Uhr vorm.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Landauerstraße 35, Fernsprecher: Rheingau 2186.

Nr. 197.

Freitag, 24. August 1923.

71. Jahrgang.

## Die deutsche Wirtschaftsnot.

Der Dollar, der schon von der Mitte der vorigen Woche ab fast ständig im Steigen war, hat an diesem Dienstag eine bisher nicht übertriffene Rekordleistung vollbracht: er ist auf 7 Millionen Mark hinaufgeschossen. Das Bemerkenswerte dabei ist, daß diese gewaltige und überraschende Steigerung an der New-Yorker Börse vor sich gegangen ist, während auf der Marktwirtschaft immer dadurch herbeigeführt worden war, daß in Berlin die das Angstgebot weitestgehend übersteigende Nachfrage den Kurs in die Höhe getrieben hatte. An der Berliner Börse wurde offiziell ein Kurs von 5,5 Millionen Mark notiert und es darf darauf hingewiesen werden, daß auch an den übrigen Börsenplätzen außer New-York der Marktskurs nicht so überwältigende Dimensionen angenommen hat. Vielleicht lagen also für New York besondere Gründe zum Hinuntergehen der Mark vor. Aber, wie dem auch sei, schon die Berliner Notierung beweist, daß, wenn es ein Heilmittel für den Markverfall gibt, dieses ungefaßt in Anwendung zu bringen ist, noch ehe die deutsche Wirtschaft ins Bodenlose hinabgesunken ist.

Da darf man denn mit einiger Genugtuung feststellen, daß das neue Kabinett eingehende Beratungen über die zu ergreifenden Finanz- und wirtschaftlichen Maßnahmen getroffen und den Erlaß solcher Maßnahmen beschlossen hat, die nach Fühlungnahme mit den Parteiführern unverzüglich im Wege der Rechtsverordnung durchgeführt werden sollen. Reichskanzler Dr. Stresemann hat in den Besprechungen mit den Parteiführern mitgeteilt, die Regierung sei zur Anwendung der äußersten Mittel entschlossen und werde gegebenenfalls auch vor der Anwendung der Diktatur innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen nicht zurückweichen. Auch Reichsfinanzminister Dr. Sifferding sprach am Donnerstag im Haushaltsausschuß des Reichstags über unsere fast verzweifelte finanzielle und wirtschaftliche Lage und die von der Regierung beabsichtigten drakonischen Schritte, um eine Besserung herbeizuführen.

In erster Linie kommt es der Regierung darauf an, einer weiteren Entwertung der Mark vorzubeugen. Hierdurch würde auch das Fortschreiten der Teuerung hintanhaltend werden. Dieser gedankt man aber auch noch positiv durch große Ankäufe von Lebensmitteln im Ausland, insbesondere von Speisefetten, zu begegnen. Für diese beiden Zwecke soll die Ansammlung eines Devisenfonds die erforderliche Grundlage schaffen, über dessen Höhe noch nichts Genaues bekannt ist; doch dürfte eine Summe von mindestens 200 Millionen Goldmark dafür in Betracht kommen. Wie man weiß, hatte schon das Kabinett Cuno in seiner letzten Tagung mit den Kreisen von Handel, Industrie und Landwirtschaft über die freiwillige Ablieferung von Devisen verhandelt. In Besprechungen haben sich auch Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie dem neuen Ministerium gegenüber mit der weiteren Abgabe von Devisen einverstanden erklärt. Die anderen Wirtschaftskreise werden wohl in den nächsten Tagen folgen. In erster Linie kommt es darauf an, Devisen, die sich tatsächlich im Besitz der Interessenten befinden, dem Reiche gegen Entschädigung auszuführen. Es werden daher Vorkehrungen dagegen getroffen werden müssen, daß die zur Abgabe herangezogenen nicht erst vorläufig unter Inanspruchnahme von Reichskausfaktoren, neue Devisen laufen und ihre alten behalten. Auch wird, falls der freie Wille der Besitzer versagt, Zwang in Anspruch genommen werden.

Aber über diese Einzelheiten werden wir sehr bald durch die Notverordnung unterrichtet werden. Für den Augenblick ist die Hauptsache, daß das deutsche Volk erkennt, daß das neue Reichskabinett nicht anständig bleiben will, daß es nicht den Dingen ihren Lauf zu lassen geneigt ist und hinter den Ereignissen herrennt, daß es die Entwicklung durch rasches Eingreifen zu meistern und zu lenken sich bemüht. Es ist eine Entstellung der Tatsachen, wenn die Radikalen auf der rechten und linken Seite darin, daß das Kabinett Stresemann jetzt mit solcher Bestimmtheit den Wirtschaftskrisen durch neue Mittel entgegenzutreten sucht, den Beweis erblicken, daß alle bisherigen Maßnahmen versagt hätten. Ganz abgesehen davon, daß die neue Steuerabgabe noch zum Inventar der früheren Regierung gehört, ist von Anfang an niemand im Zweifel darüber gewesen, daß diese Steuern nur den Beginn einer großartigen Reform darstellen haben, und die letzte Regierung verdient rückhaltlose Anerkennung, daß sie wenige Tage nach ihrer Bildung lebhafteste Aktivität entwickelt. Daß das Wirtschaftsleben, das durch so lange Jahre von der einen Krankheit in die andere gefallen ist, nicht so

fort wieder von heute auf morgen gesund kann, ist ganz selbstverständlich. Man muß zufrieden sein, wenn vorläufig ein Stillstand eintritt und einige Symptome des Genesungsprozesses sich zeigen. Gerade aus diesem Grunde aber hat umgekehrt auch die Regierung die Pflicht, den Gründen des jüngsten Marksturzes sorgsam nachzugehen, und wenn irgend möglich eine Gegenaktion einzuleiten.

Ganz natürlich aber ist es auch, daß mit einer Stärkung der Mark durch einen Devisenfonds und mit anderen währungsökonomischen Maßnahmen der Kampf gegen die Wirtschaftsnot noch lange nicht abgeschlossen ist. Das allernotwendigste ist, den Reichshaushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen und in Zukunft nie mehr auszugeben, als man einnimmt. Gelingt das nicht, dann wird es auch nicht gelingen, eine feste Währung zu schaffen. Dann wird die Teuerung immer weiter fortschreiten, Arbeitslosigkeit und Stilllegung der Betriebe werden folgen und das Ende mit Schrecken steht bevor. Wir glauben daher, daß der neue Reichskanzler dieser Frage die besondere Aufmerksamkeit schenken wird, die sie verdient. Aus den neuen Steuergesetzen werden jetzt Beiträge von 150 Billionen Mark erwartet, die zur Abdeckung der schwebenden Schuld verwendet werden sollten. Aber wieviel davon hat gleich wieder für die Erhöhung der Gehälter und Löhne aufgewandt werden müssen? Dafür mußte die Rentenpreise wiederum von neuem herangezogen werden. So darf es jedoch nicht weitergehen. Der Grundsatz „Keine Ausgabe ohne Deduktion“ muß wieder das A und O der deutschen Finanzpolitik werden, sonst gelangen wir niemals aus dem Sumpf!

## Die Regierung zur Anwendung der äußersten Mittel entschlossen.

Berlin, 23. Aug. Wie die „B. Z.“ mitteilt, hat der Reichskanzler in der gestrigen Besprechung mit den Parteiführern keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Regierung zur Anwendung der äußersten Mittel entschlossen ist. Die gegenwärtige Regierung sei vielleicht die letzte, die auf verfassungsmäßigen Wege die Verhinderung von Deutschlands wirtschaftlichem und finanziellem Zusammenbruch erreichen könne. Könne sie ihr Wirtschafts- und Finanzprogramm nicht verwirklichen, dann gäbe es kaum noch einen Weg zur Rettung. Wenn die Reichsregierung auch eine Diktatur ablehne, so werde sie vor einer Anwendung der Diktatur innerhalb der Grenzen der Verfassung nicht zurückweichen, um jeder Sabotage ihres auf eine Konsolidierung der inneren Verhältnisse gerichteten Programms wirksam zu begegnen.

## Eine Rede des Reichskanzlers über das Reparationsproblem.

Berlin, 23. Aug. Reichskanzler Dr. Stresemann wird bei Gelegenheit eines Frühstücks, zu dem er von dem Deutschen Industrie- und Handelstag eingeladen worden ist, morgen nachmittag eine Rede über das Reparationsproblem halten.

## Beratungen des Reichskabinetts über die auswärtige Lage.

Berlin, 24. Aug. Wie die Blätter melden, hat sich das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung hauptsächlich mit der auswärtigen Politik befaßt, insbesondere mit der Ruhrfrage.

## Betriebseinstellungen und Betriebseinschränkungen.

Berlin, 24. Aug. Die Blätter berichten über eine Reihe teils erfolgter teils angekündigter Betriebseinstellungen oder zum mindesten Betriebseinschränkungen. Nachdem erst die Berliner Privatbaueinrichtungen ihre Pforten geschlossen haben, legt nun auch die Berliner Kellereigesellschaft die Plakatierung der Anschlagtafeln auf eine Woche lahm, damit sie sich auf die Goldbasis umstellen könne. Ferner verbreitet der Verband kaufmännischer Genossenschaften die Mitteilung, daß er dem Lebensmittelhandel den Rat gegeben habe, allen seinen Angestellten bis zum September zu kündigen. In der Mitteilung heißt es, daß die neuen Steuergesetze in ihrer Auswirkung dem Kleinhandel den Todesstoß geben und die Zahlung der zweiten Steuerquote am 25. Oktober den Ruin der Geschäftsinhaber bedeuten müßte.

Das „B. T.“ bemerkt dazu, daß die Genossenschaften mit ihrem Aufruf eine schwere Verantwortung auf sich geladen haben, denn die Folgen der Stilllegung des Lebensmittelhandels seien unabsehbar. Das Blatt hofft, daß es sich bei dem verhängnisvollen Rat nur um ein an die Regierung gerichtetes Druckmittel handle. Eine solche Taktik würde nach dem Blatte auf das Schärfste zu verurteilen sein. Der „Vorwärts“ spricht sogar von Vaterlandsverrat.

## Reichsfinanzminister Sifferding über die finanzielle und wirtschaftliche Lage.

Berlin, 23. Aug. Die heutige Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages hatte die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands zum Gegenstand. Der Vorsitzende Weimann (Soz.) wies auf die große Wichtigkeit dieser Materie hin, deren gesamter Komplex die Wurzel des staatlichen Seins treffe.

Sodann nahm der Reichsfinanzminister Sifferding das Wort. Er erläuterte zunächst den Reichsplan, der durch dringende Geldbedürfnisse verbunden sei, in der Sitzung seine Ausführungen zu machen, wie es ursprünglich seine Absicht gewesen sei. Sifferding ging alsdann zur wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Reiches über und führte aus, das Kabinett habe die Geschäfte in einer Situation übernommen, die nicht nur politisch und sozial außerordentlich ernst gewesen sei, sondern die auch vom finanziellen Standpunkt aus als

### fast verzweifelt

angeesehen werden müsse. Die außerordentliche Erregung während der letzten Zeit des Kabinetts Cuno war, so führte der Finanzminister aus, eine Folge der raschen Wertminderung der Dollarsteigerung, die sich in starken Lohnbewegungen auswirkte und die Preise vieler Rohstoffe, zum Teil auch der Lebensmittel, über das Weltmarktniveau hinausführte. So daß die größte Gefahr bestand, daß der Export stöden und eine allgemeine Wirtschaftskrise eintreten werde. Wir sind heute in einer Situation, in der wir nicht nur für alle Ausgaben des Reiches aufkommen und nicht nur das kolossale Defizit des Reiches zu decken haben, sondern das wir darüber hinaus das gesamte Defizit, das die Länder haben, und zum großen Teil auch das gesamte Defizit, das heute in den Kommunen entsteht, auf das Reich übernehmen müssen, wenn nicht

### der Zusammenbruch der gesamten Verwaltung

eintreten soll. Denn die Länder und Kommunen sind gar nicht in der Lage, aus den bereitstehenden Mitteln die außerordentlichen Erhöhungen der Gehälter und Löhne zu tragen. Die Gesamtausgaben der Verwaltung müssen also vom Reich getragen werden, obwohl das Reich selbst nicht die notwendigen Mittel aus Steuern für diese Ausgaben aufbringen kann. Aber in der letzten Zeit haben sich auch noch Symptome bemerkbar gemacht, die eine ganz energische Gegenaktion unbedingt erforderlich machen. Es ist bekannt, daß die Beilegung des Buchdruckerstreiks, die eine absolute Notwendigkeit war, weil durch den Streik in der Reichsdruckerei die übrigen Notendruckerien in eine furchtbare Kalamität wegen Rohstoffmangels geraten waren, nur möglich gewesen ist, indem das Reich aufsteht, daß es einen Teil der Lohnerbhöhungen aus eigenen Mitteln decken würde. Neben den Löhnen in der Privatindustrie zahlen wir im Grunde genommen augenblicklich auch einen Teil der Gehälter sämtlicher gemeinnützigen Anstalten, Fürsorgeanstalten und dergl. Auch auf dem Währungsgebiet sind wir

### in geradezu anarchische Zustände

geraten. Infolge des plötzlichen Anschwellens des Dollarkurses entstand eine Banknotenspannung, die eine außerordentliche Panik herbeiführte. Als eines der Abhilfemittel wurde zunächst die Ausgabe des Notageldes gewährt. Auch zahlreiche Privatbetriebe gingen dazu über, ein völlig ungesichertes und unkontrolliertes Notgeld herauszugeben. Wir sind auch hier in völlig anarchische Zustände hineingeraten, im Bereiche wie im unbesetzten Gebiet. Aber im unbesetzten Gebiet muß diese unregelmäßige Notgeldausgabe möglichst rasch beseitigt werden. Die Reichsbank ist in der Lage, den Notbedarf zu decken.

### Die Ausgaben des Reiches

sind derart, daß wir zunächst nicht in der Lage sind, durch Steuern den ganzen Betrag zu decken. Von der Goldanleihe ist ein besseres Resultat zu erwarten, als die Dollarkursanweisungen brachten. Aber trotzdem ist die finanzielle Situation außerordentlich ernst. Nun ist die Frage, welche Mittel man noch ergreifen kann, um möglichst rasch zu einer Abstellung und womöglich vollkommenen Beseitigung der Inflation zu gelangen. Die Regierung muß alles daran setzen, um sowohl von der Seite der Einnahmen wie der Ausgaben für Abhilfe zu sorgen.

### Der Minister erörterte eingehend

### die fünf großen Defizitquellen

der Reichsfinanzen. Die erste sei die Ausführung des Friedensvertrages. Diese habe im Januar noch eine Summe von 450 Milliarden erfordert. Im Juli sei sie bereits auf 40 Billionen gestiegen, und für August sei mit einem Vielfachen dieser Summe zu rechnen. Der finanzielle Effekt der Einstellung der Sachlieferungen sei leider nicht absehbar, weil eine große Reihe von Verträgen abgeschlossen wurde, deren Ausführung fortbauere und das Reich ganz außerordentlich belaste. Ganz außerordentlich sei

### der Bedarf der Betriebsverwaltungen.

Er habe von jeder den Standpunkt vertreten, daß es für die Finanzen des Reiches verwerflich war, daß die Eisenbahnverwaltung und auch die Post ihre Tarife viel zu spät und immer nur ganz ungenügend der Geldentwertung angepaßt hätten. Das Defizit, das infolge dieser Finanzpolitik entstanden sei, überstiege bei weitem das Defizit aller übrigen Staatsverwaltungen. Es sei sehr bedauerlich, daß trotz der starken Erhöhung der Tarife der Reichsbahn ab 20. August noch mit einem Defizit gerechnet werden müsse, das sich für den Rest des Rechnungsjahres noch auf etwa 450 Billionen belaufen werde. Nach seiner Ansicht müßte die Eisenbahn einen großen Teil des ordentlichen Haushalts decken. Eine vollständige Deckung sei nicht möglich, so lange die Ruhraktion andauere. Hinsichtlich des

### Devisenbedarfs des Reiches

fürchte der Minister aus: Ich wünsche eine gewisse Verknappung des Geldmarktes und einen gewissen Druck auf die Wirtschaft, damit sie gezwungen ist, ihren Warenvorrat zu verringern und aus ihren Depots und ausländischen Effekten herauszugeben, so daß diese in die Hände des Reiches kommen und der Devisenankauf gedeckelt wird. Wir können ohne eine Beberkung des Dollarkurses keine







„Ich bin auf Arzans Zimmer gewesen“, sagt er.



Dr.

Hersteller:  
J. Kron,  
München

4ling

Seife

**Bewirkt blühendes gesundes Aussehen,  
hinterläßt Erfrischung und  
entzückenden Duft!**

**Hiesige Feinwäscherei**  
mit elektr. Betrieb

Welche jahrelang für ein erstkl. Hotel am hiesigen Platz gearbeitet hat, übernimmt die  
**Fremden-Wäsche von Hotel oder bess. Pension**  
Arbeite erstkl. und weit unter Tarif. Offerten unter  
F. 332 an den Tauch-Verlag.

**Ca. 6-700 Millionen**

werden von Kaufmann mit flottem Detailgeschäft  
gegen 5fache Sicherheit — für bald auf ca. 3 Wochen  
gegen guten Verdienst für prima Artikel gesucht. Wenn  
Offerten unter R. 333 an den Taalfr.-Verlag.

**Handkoffer,**  
Damentaschen, Brieftaschen, Zigarren-Etui,  
Portemonnaies in größter Auswahl.  
A. Leischert, Faulbrunnenstr. 10.

Statt Karten.  
Ihre VERMÄHLUNG geben bekannt:  
**Julius Kaplan und Frau,**  
Else, geb. Kathe.  
Mauergasse 15 Westendstraße 28  
25. August 1923.

Ihre Vermählung geben bekannt:  
Hermann Reinbold  
Liesel Reinbold  
geb. Sünder.  
Diesbaden, den 25. August 1923.

**Dankſagung.**  
Allen unſern Freunden und Bekannten  
für die vielen Beweiſe aufrichtigſter Theilnahme  
bei dem Verluſte meines mit untergeſchieden  
herzensguten Mannes

**Herrn Friedrich Schreiner**  
Kraftwagenführer

insbesondere seinem Prinzipal, Herrn Max Brings, dem Personal der Infa-Werke, Herrn Hertel als Vertreter der Direktion der Deutschen Bank, dem Kraftwagenführer-Verein für die Kranzniederlegung am Grobe sage ich auf diesem Wege meinen tiefgefühlten Dank.

In tiefem Schmerz:  
**Amalie Schreiner, Wwe.**  
geb. Krantzg.

Wiesbaden, Rietzing 6.

Verwandten, Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau,  
unsere liebe treusorgende Mutter, Schwieger-  
mutter, Großmutter, Schwägerin und Tante  
**Frau Veronika Aneip**  
geb. Ciegewsta  
am Mittwochaabend, 7<sup>1/2</sup> Uhr, im 56. Lebens-  
jahre nach kurzem Schwereu Leiden sanft dem  
Herrn entschlafen ist.

Im Namen  
der trauernden Hinterbliebenen:  
**Wilh. Aneib**, nebst Angehörigen.  
Die Beerdigung findet in aller Stille statt.  
Von Kranz- und Blumenpenden wolle man  
bankend absehen.

## befandener Ursache

Am 1. März nach schwerer Krankheit mein geliebter  
 Herr, der  
 Herr. Geheime Regierungsrat  
**Max Föllme**  
 Elisabeth Föllme, geb. Siebel,  
 Margarethe Föllme.  
 Juni 1923. 100  
 Der Verstorbenen fand die Beerdigung in der Stille  
 der Beerdigung wird gebeten abgehen zu wollen.

...

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

